

Volks-Zeitung

Reichstag aufgelöst!

Aufhebung der Notverordnungen mit 236 : 221 Stimmen beschlossen

Oper siegte in Karlshorst



Jockei Hauser nach seinem Sieg im Internationalen Jagdrennen

Ganz wie bei uns 1918/19



Aegyptisches Militär in den Strassen von Alexandrien

Die Klagemauer-Kommission in Jerusalem

Europas grösster Pferdemarkt in Ostpreussen



Das Streitobjekt zwischen Juden und Mohammedanern wird besichtigt



4000 bis 5000 Menschen und 7000 Pferde sind auf dem Pferdemarkt von Wehlau gezählt worden

Reichstags-Neuwahlen: 14. September

Die letzte Sitzung des sterbenden Reichstags

In der heutigen Reichstagsitzung wurde der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Notverordnung mit 236 gegen 221 Stimmen angenommen. Der Reichskanzler erhob sich sofort und verlas das Auflösungsdekret des Reichspräsidenten. Unter grosser Unruhe ging der Reichstag auseinander.

Die Reichstagsitzung, die heute mit der Verlesung des Auflösungsdekretes durch den Reichskanzler Dr. Brüning endete, gehört zu den denkwürdigsten Sitzungen des Reichsparlaments. Die Debatte, die dem Schlussakt voranging, wurde besonders durch die temperamentvolle Rede des Reichsfinanzministers Dietrich auf einen Gipfelpunkt geführt. Lautlos hörte das Haus auch die kaum noch verhaltenen Kriegserklärungen des Westarp-Flügels und des Herrn von Kuehll gegen die deutschnationale Hugenberg-Partei an. Dem wirkte dagegen die Rede Dr. Wirths. Für die Demokraten konnte der Abgeordnete Meyer (Berlin) darauf verweisen, dass die Deutsche demokratische Partei wirklich alles getan hat, um die Anwendung des Artikels 48 zu vermeiden. Als die Sirenen zur namentlichen Abstimmung riefen, stieg die Erwartung auf den Höhepunkt. Kaum hatte der Reichstagspräsident Löbe das Resultat verkündet, so erhob sich auch schon der Reichskanzler Dr. Brüning und verlas unter lautloser Stille die Auflösungsverordnung. Danach brach auf allen Bänken starke Erregung und Unruhe aus. Die Kommunisten stiessen Schmährufe gegen Hindenburg aus und sangen die Internationale. Nur zögernd leert sich das Haus und Tribünen. Die Neuwahlen finden voraussichtlich am 14. September statt.

Der Endkampf

Aufmarsch der Minister — Die gespaltenen Deutschenationalen — Abstimmung — Auflösung

Im Reichstag nahm die Beratung der Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten auf Aufhebung der auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassenen beiden Notverordnungen zur Deckung des Reichsdefizits heute folgenden Verlauf:

Abg. Landsberg (Soz.) begründete zunächst den sozialdemokratischen Antrag mit juristischen Darlegungen, die dem Nachweis dienen, dass der Artikel 48 niemals herangezogen werden könne zur Begründung solcher Verordnungen, wie sie das Kabinett Brüning jetzt erlassen habe. Artikel 48 dürfe nur angewandt werden, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit wiederherzustellen. Das Kabinett Brüning habe ihn aber benutzt, um auf Wunsch der Volkspartei die Bürgersteuer und auf Wunsch der Demokraten die Gemeindegemeinschaften einzuführen. Die Situation werde dadurch bekräftigt, dass eine Regierungspartei, die Wirtschaftspartei, heute die Aufhebung der Verordnung über die Getränkesteuer beantragt hat.

Während dieser Ausführungen ist der volksparteiliche Fraktionsführer Dr. Scholz an den Reichskanzler Dr. Brüning herangetreten, um mit ihm zu sprechen. Von den Sozialdemokraten wird dagegen protestiert und

der Reichskanzler in Zurück zum Zuhören aufgefordert.

Daraufhin sucht Dr. Scholz seinen Platz wieder auf. Abg. Landsberg beholt am Schluss seiner Ausführungen, der jetzt von Brüning geschaffene Präzedenzfall könne die verhängnisvollen Folgen für die Auslegung des Artikels 48 haben. Die Reichsregierung habe die Reichsverfassung mit ihren Verordnungen verletzt und sich damit das Misstrauen des Reichstags verdient.

Reichsinnenminister Dr. Wirth

nimmt darauf das Wort und wird von den Kommunisten mit Rufen empfangen: „Wo steht der Feind? — Der Feind steht rechts!“ — Der Minister erklärt, er fühle mit dem Abg. Landsberg die Schwere dieser Stunde. Mir, als überzeugtem Republikaner, so führt der Minister fort, ist es wahrlich nicht leicht geworden, den jetzt beschrifteten Weg zu gehen. Alle Republikaner, und ganz besonders die Sozialdemokraten, müssten sich aber fragen, ob sie nicht selbst die Schuld daran tragen, wenn dieser Weg beschriftet werden musste. Wir stehen vor einer Krise des Parlamentarismus (Unruhe links, Abg. Wels (Soz.) ruft dem Redner zu: „Sie verwechseln immer sich selbst mit dem Parlamentarismus!“ — Heiterkeit). Es hat sich doch gezeigt, dass in diesem Reichstag eine Mehrheitsbildung unmöglich ist. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten und Käte: „Brüning will sie ja nicht!“). Jeder weiss doch,

dass bei einer Neuwahl die Mehrheitsbildung im neuen Reichstag noch viel schwieriger sein wird.

Ich übernehme die volle Verantwortung für die letzten Massnahmen der Regierung. Wer den Artikel 48 anwendet, muss sich in seinem Gewissen prüfen, ob ein Notstand vorliegt. Ich behaupte, dass er vorliegt und nehme das auf mein Gewissen. (Beifall im Zentrum, Unruhe links.)

Die Hugenberg-Deutschnationalen erklären:

Abg. Dr. Oberforst (Deutschnat. Vp.) verliest dann für die deutschnationale Fraktion eine Erklärung, in der der Regierung vorgeworfen wird, sie habe eine Verfassungsverletzung mit den Deutschenationalen unmöglich gemacht, weil die Zerschlagung der Deutschenationalen Volkspartei einer ihrer wesentlichsten Programmpunkte sei. Die Regierung habe nur deshalb keine parlamentarische Mehrheit für ihre Deckungsvorlage gefunden, weil sie ihre Steuerzuschüsse in rein sozialistischen Gedankenkreisläufen gemacht habe. (Unruhe links und in der Mitte). Tatsächlich

Darum sei auch die Osthilfe verschleiert worden (Unruhe und Widerspruch in der Mitte). Wenn die Regierung wirklich das Defizit decken will, dann muss sie durch eine Notverordnung weitere Abstriche am Etat vornehmen und den weiteren Bedarf eventuell durch den Verkauf entbehrlichen Reichsbesitzes decken. (Unruhe). Aus der Einstellung zur Regierung ergibt sich unsere Haltung zu den von der Regierung beschlossenen Notverordnungen.

Abg. Koenen (Komm.) polemisiert gegen die Sozialdemokratie. Auf die ungesetzlichen Notverordnungen müsse das Volk mit dem Steuerstreik antworten.

Reichsfinanzminister Dietrich

nimmt das Wort. Der kommunistische Abg. Remmele macht einen Zuruf. Er wird vom Präsidenten Löbe zur Ordnung gerufen und ihm für den Fall einer Wiederholung seines Zurufs Ausweisung aus dem Saale angekündigt. Minister Dietrich sucht zahnlosmäßig nachzuweisen, dass mit den Notverordnungen gerade das Defizit gedeckt wird, das durch die Arbeitslosenversicherung entstanden ist. Die Massnahmen der Regierung hätten also

den ausgesprochenen Zweck, den Bestand der Arbeitslosenversicherung zu sichern, und sich

Die Bürgersteuer sei nicht als Dauereinkunft gedacht, sondern sie solle später mit den Realsteuern verknüpft werden. Der Minister wendet sich dann gegen die staatsrechtlichen Ausführungen des Abg. Landsberg über den Artikel 48 und erklärt: Wenn wir die Dinge so weiter laufen lassen wie jetzt, dann wird in kurzer Zeit die Ruhe und Ordnung so gestört sein, dass jeder gern unseren Vorschlägen zustimmen würde. (Unruhe links und Zurufe). Wenn wir das Defizit mit einem Einkommensteuereinschlag decken wollten, dann müssten wir einen Zuschlag von 25 Prozent erheben. Es hat sich gezeigt, dass eine Mehrheitsbildung in diesem Reichstag nicht möglich ist. Wir müssten also einen anderen Ausweg aus dem Defizit suchen, und wir setzen voraus, dass in diesem Hause noch so viel Verstand aufgebracht wird, dass man uns diesen Ausweg nicht versperrt. (Lebhafter Beifall in der Mitte, Unruhe links). Noch ist die Reichskasse in Ordnung. Wenn aber unsere Deckungsvorschläge scheitern, dann besteht in wenigen Monaten die Gefahr, dass die Beamten ihr Gehalt nicht bekommen können und dass die schwersten Unruhen entstehen.

Die Aussichten für eine wirtschaftliche Wiedergesundung sind günstig; aber wir werden sie nur erreichen können, wenn der Regierung die Deckung des augenblicklichen Defizits ermöglicht wird.

Wenn die Anwendung des Artikels 48 bemängelt wird, so erinnere ich die Linke daran, was alles in Preussen mit Notverordnungen gemacht wird. (Lebhafte Zustimmung in der Mitte). Der Reichstag muss heute zeigen, ob wir noch ein Staatsvolk sind oder nur ein Haufen von Interessenten. (Lebhafter Beifall in der Mitte.)

Die Westarp-Deutschnationalen erklären:

Abg. Graf v. Westarp (Deutschnat. Vp.) im Auftrage einer Anzahl seiner politischen Freunde (Rufe: Wieviel?) habe ich zu erklären: Wir stehen der Regierung Brüning auch weiterhin kritisch gegenüber, wenn wir auch nicht verkennen, dass diese Regierung wesentliche Reformarbeit auf verschiedenen Gebieten geleistet hat.

Wir wollen aber verhindern, dass eine Regierungskrise entsteht, die zu einer Staatskrise führen könnte.

Wir wollen nicht durch Annahme sozialdemokratischer oder kommunistischer Anträge eine bürgerliche Regierung stürzen und damit die Verabschiedung der Osthilfe, des Anstammgesetzes und anderer Vorhaben verhindern.

Wir werden daher den Auflösungsantrag und den Misstrauensantrag ablehnen.

Abg. Dr. Scholz (D. Vp.) begrüsst die Erklärung des Abg. Graf Westarp. Das Parlament habe heute noch einmal die Möglichkeit, sich einzusetzen. Ich möchte sagen, dass wir uns in der Kritik der Einzelmassnahmen von der Erklärung des Herrn Major Pabst die Atmosphäre für gewisse politische Zwecke nicht ungünstig zu sein. Denn dass Pabst sich jetzt ganz von politischen Aspirationen zurückziehen würde, wird wohl kein Mensch glauben. Unter diesen Umständen werden die verantwortlichen Stellen gut tun, der Affäre Pabst ein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Im Übrigen hören wir, dass auch der ab seiner Teilnahme am Hitler-Putsch bekannte Oberstleutnant

Diese Bemerkung wird von den Sozialdemokraten mit lauten Hörrt hörrt-Rufen aufgenommen.

Demokraten gegen Scholz

Als dann Abg. Meyer (Dem.) an das Rednerpult tritt, ruft der nationalische Abg. Stühr: „Keine Feier ohne Meyer!“ Abg. Meyer erwidert, solche Witze seien dem Ernst der Stunde nicht angemessen. Die demokratische Fraktion habe alles versucht, um eine parlamentarische Lösung der Deckungsvorlage zu ermöglichen. Sie habe Bedenken gegen die Anwendung des Artikels 48 und berüsse es, dass der Reichstag jetzt die Möglichkeit habe, durch einen Mehrheitsbeschluss die Notverordnungen parlamentarisch zu beseitigen und damit der Regierung Indemnität zu erteilen.

Abg. Meyer widerspricht dann der Bemerkung des Abg. Scholz, dass das Kabinett Brüning deutschnationalen Grundsätzen folge.

Die Demokraten würden gegen die Aufhebung der Notverordnungen stimmen. Sie beantragen, die Verordnung über die Schenkverzehrersteuer dem Steueraususschuss zu überweisen.

Abg. Dr. von Kuehll (Volkskons.) bedauert, dass der deutschnationale Abg. Oberforst das grosse Werk der Osthilfe nicht besser gewürdigt habe. (Beifall in der Mitte). Es sei

nicht zu verstehen, warum jetzt gegen Verordnungen des Reichspräsidenten der Kampf geführt wird von denselben Politikern, die vor kurzer Zeit die Parole ausgaben: Mehr Macht dem Reichspräsidenten!

(Lebhafter Beifall in der Mitte.)

Abg. Feder-Sachsen (Natsoz.) erklärt, seine Freunde würden für die Aufhebung der Notverordnungen stimmen, um damit ihre Gegnerschaft gegen die Innen- und Aussenpolitik des Kabinetts zu bekunden.

Abg. Landsberg (Soz.) weist dem Minister Dietrich angewandten Vergleich mit Preussen zurück. Die preussischen Notverordnungen seien immer von einem parlamentarischen Ausschuss erlassen worden. Hier aber handle es sich nach dem Zeugnis der „Deutschen Tageszeitung“ um den ersten Versuch eines Reichspräsidenten, gegen die Parlamentsmehrheit zu regieren!

Die Aussprache ist damit beendet. Präsident Löbe stellt den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen zur Abstimmung.

Die Abstimmung

Abg. Dr. Scholz (D. Vp.) beantragt, die Abstimmung über die Misstrauensanträge vorwegzunehmen.

Die Abg. Dittmann (Soz.) und Torgler (Komm.) protestieren gegen diese Umstellung, deren Erfolg nur sein würde, dass bei Annahme der Misstrauensanträge der Reichstag aufgelöst würde und die Notverordnungen nicht aufheben könnte.

Präs. Löbe erklärt, er halte es für richtiger, zuerst über die Verordnungen abzustimmen, aber die Mehrheit müsse entscheiden.

Bei der Abstimmung wird der Vorschlag Dr. Scholz angenommen. Dagegen stimmen nur die Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten.

Die Abg. Dittmann (Soz.) und Torgler (Komm.) erklären nun, dass sie angesichts dieser neuen Situation ihre Misstrauensanträge zurückziehen.

Unter grösster Spannung der Sitzungsteilnehmer wird dann die

namentliche Abstimmung über den von den Sozialdemokraten und Kommunisten gestellten Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen

vorgenommen.

Für diesen Antrag stimmen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten, die beiden Mitglieder der Volksrechtspartei und die Mehrheit der Deutschenationalen.

Das Ergebnis der Abstimmung ist die Annahme des Auflösungsantrags mit 236 gegen 221 Stimmen.

Die Auflösung

Reichskanzler Dr. Brüning erhebt sich nun und erklärt: Ich habe dem hohen Hause eine Verordnung des Herrn Reichspräsidenten mitzuteilen: Nachdem der Reichstag heute beschlossen hat, zu verlangen, dass meine auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassenen Verordnungen aufgehoben werden löse ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf.

Die folgenden Sätze der Kanzlerklärung bleiben unverändert, weil die Kommunisten laut rufen: „Nieder mit dem Reichspräsidenten!“

Als der Reichskanzler nach 1 Uhr geendet hat, verlässt Präsident Löbe seinen Platz und die letzte Sitzung dieses Reichstags ist damit formlos geschlossen.

Die Kommunisten haben vor dem Verlassen des Saales noch einen Vers der „Internationalen“ gesungen.

Putschisten-Rückwanderung nach München!

Major Pabst und Oberstleutnant Kriebel im Ammarsch

MÜNCHEN, 18. Juli.

Der „Bayerische Kurier“ teilt heute mit, dass Major Pabst tatsächlich beabsichtigt, künftig in München seinen dauernden Wohnsitz zu nehmen.

Er tut dies jedoch in einer Form, aus der sich entnehmen lässt, wie grundlos die Gerüchte sind, die diese Ueberiedlung mit der von der Bayerischen Volkspartei besonders begünstigten neuen Gründung des sogenannten Bayerischen Heimatschutzes in Verbindung bringen wollte. Denn der „Bayerische Kurier“, das Hauptorgan der Bayerischen Volkspartei, versieht die Meldung mit folgendem unfreundlichen Kommentar: „Offenbar scheint dem Herrn Major Pabst die Atmosphäre für gewisse politische Zwecke nicht ungünstig zu sein. Denn dass Pabst sich jetzt ganz von politischen Aspirationen zurückziehen würde, wird wohl kein Mensch glauben. Unter diesen Umständen werden die verantwortlichen Stellen gut tun, der Affäre Pabst ein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Im Übrigen hören wir, dass auch der ab seiner Teilnahme am Hitler-Putsch bekannte Oberstleutnant

Kriebel China wegen seiner Differenzen mit chinesischen Kreisen verlassen und sich nach München zurückgeben will. Wie man sieht, ist München auf dem besten Wege, wieder zum Sammelplatz von Leuten zu werden, deren politischer Ehrgeiz an anderen Orten Schiffbruch gelitten hat.“

Neue Niederlage Fricks

LEIPZIG, 18. Juli.

In dem hochpolitischen Streit des Landes Thüringen mit dem Deutschen Reich wegen der Weitergewährung der Polizeizuschüsse hat Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke sachsen folgende Entscheidung des Staatsgerichtshofes verkündet: Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung wird zurückgewiesen.

